

landes **j u g e n d** ring
baden-württemberg e.v.

Positionspapier

**Europa gestalten
Erklärung zu den Europawahlen 2004**

Inhalt

1 Europa gestalten	_03
2 Demokratisches Europa	_04
3 Solidarisches Europa	_06
4 Zukunftsfähiges Europa	_08
5 Junges Europa	_10
6 Europa – nicht ohne die Jugend!	_15

Impressum

Herausgeber:

Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.
Siemensstraße 11, 70469 Stuttgart
Telefon 07 11/16 447-0, Fax 07 11/16 447-77
E-Mail: info@ljbw.de, Homepage: www.ljbw.de

Text und Redaktion:

Sibylle Steegmüller, Landesjugendring
mit Unterstützung von
Simone Buchberger, Sportjugend
Mike Cares, Ev. Jugend
Gert Dannenmann, Sportjugend
Konrad Flegr, Kreisjugendring Zollernalb
Gebhard Hirth, Stadtjugendring Sindelfingen
Cynthia Jakupovic, DGB-Jugend
Gerlinde Röhm, Landesjugendring

V.i.S.d.P.: Jochen Mack

Gestaltung: Gabriele Schmidt, Freiburg

Druck: e.kurz + co, Stuttgart

März 2004, 1. Auflage, 4.000 Exemplare

Gefördert vom Landeswohlfahrtsverband Baden, Landesjugendamt, und vom Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern, Landesjugendamt.

1

Europa gestalten

Der Landesjugendring und seine Mitgliedsorganisationen treten ein für ein **demokratisches, solidarisches, zukunftsfähiges und junges Europa**, das Kindern und Jugendlichen vielfältige Zukunftsperspektiven bietet und Beteiligung umfassend ermöglicht.

Mädchen und Jungen sollen in einer Welt aufwachsen, in der nicht Abschottung und Egoismus dominieren, sondern in der die Menschen Konflikte friedlich lösen, mit Ressourcen schonend umgehen und die Geschlechter sich gleichberechtigt begegnen. Die Prinzipien der Nachhaltigkeit und des Gender Mainstreaming müssen eine zentrale Rolle für alle Politikbereiche der Europäischen Union spielen.

Auf europäischer Ebene werden rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, die die Kinder- und Jugendhilfe erheblich beeinflussen. Die Auseinandersetzung mit der Gestaltung von Europa ist für die Jugendarbeit daher zwingend notwendig.



2

Demokratisches Europa

Europa der BürgerInnen

Die Strukturen, Zuständigkeiten und Verfahren innerhalb der Europäischen Union müssen für ihre BürgerInnen durchschaubar werden. Nur so kann erreicht werden, dass die Menschen sich für die Europäische Union interessieren und zu ihrer Gestaltung beitragen.

Wir begrüßen daher die vom Europäischen Rat im Dezember 2001 beschlossenen Regierungs- und Verwaltungsprinzipien Offenheit, Partizipation, Verantwortlichkeit, Effektivität, Kohärenz und Subsidiarität (d.h. zuständig ist die möglichst der Basis am nächsten liegende Ebene). Auf diesem Weg sind weitere Anstrengungen dringend notwendig.

Europäische Verfassung

Der Landesjugendring begrüßt die Ergebnisse des Verfassungskonvents und fordert die Verabschiedung einer europäischen Verfassung auf dieser Grundlage. Auch wenn es aus den unterschiedlichen nationalen, kulturellen und religiösen Traditionen der Einzelstaaten verständliche Änderungswünsche gibt, erscheint das Ergebnis des Konvents für Europa insgesamt als gute Basis für eine gemeinsame Verfassung. Der derzeit gültige Vertrag von Nizza ist für die ab Mitte 2004 erweiterte Union untauglich. Sollten sich die 25 Regierungen nicht


einigen können, werden notwendige strukturelle Anpassungen verhindert und es wird zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten kommen.

Jugendpolitik in Europa

Jugendpolitik hat derzeit in Europa einen schwachen Stand. Der hohe Stellenwert freier Träger und das partnerschaftliche Handeln von öffentlichen und freien Trägern in Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten stellen eine Bereicherung und eine Chance für die Weiterentwicklung der EU dar. Jugendorganisationen bieten Raum für die Vermittlung vielfältiger Wertorientierungen, sie ermöglichen ein hohes Maß an freiwilligem Engagement und fördern mit ihren Angeboten eine „Kultur des Sozialen“ in der Gesellschaft.

Jugendorganisationen als Zusammenschlüsse und Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen müssen auch auf europäischer Ebene eine zentrale Rolle spielen. Der durch Jugendorganisationen erbrachte Beitrag zur sozialen Infrastruktur und die in ihren Strukturen stattfindenden Prozesse können und dürfen nicht auf rein wettbewerbsrechtliche Gesichtspunkte reduziert werden. Sie sind Teil der sozialen Infrastruktur und Daseinsvorsorge.

Jugendpolitik ist als Querschnittspolitik zu verstehen. Die Jugendorganisationen, die die Kinder und Jugendlichen vertreten, sind umfassend an Entscheidungsverfahren zu beteiligen. Die Europäische Union sollte in den verschiedenen Themenfeldern vor allem durch die Verbesserung der rechtlichen und zum Teil finanziellen Rahmenbedingungen tätig werden, ohne alle Zuständigkeiten an sich zu ziehen und alle Entwicklungen normieren zu wollen. Das Weißbuch Jugend ist ein erster Schritt, jugendpolitisches Denken und Handeln für die EU zu beschreiben und gemeinsam getragene Entwicklungen in Gang zu setzen. Dies gilt leider nur für die engeren Themenfelder: Partizipation, Jugendinformation, Jugendforschung und Freiwilligenarbeit/Ehrenamtliches Engagement. Für die jugendpolitischen Querschnittsthemen wie Bildung, Beruf, soziale Benachteiligung usw. bleibt das Weißbuch in Absichtserklärungen stecken.



Forderungen

- Ein Teil der Identität der Bundesrepublik Deutschland ist das horizontale Subsidiaritätsverständnis. D.h., bevor ein öffentlicher Träger etwas tut, muss er prüfen, ob diese Aufgabe von einem freien Träger übernommen werden kann. Die Europäische Union muss dieses Subsidiaritätsverständnis und die Existenz und Bedeutung der freien Träger achten.
- Jugendverbandsarbeit darf durch rechtliche Neuregelungen im Zuge der weiteren europäischen Integration nicht erschwert werden.
- Das Prinzip der Gemeinnützigkeit und die daraus folgende steuerliche Freistellung als Ausdruck horizontaler Subsidiarität müssen erhalten bleiben.
- Hierzu ist es notwendig den Jugendministerrat als selbständigen Rat einzurichten und zu stärken und die strukturelle Vernetzung mit anderen Politikressorts sicherzustellen.

3

Solidarisches Europa

Soziales Europa

Der Landesjugendring setzt sich für ein Europa ein, das nicht auf unbegrenztes Wachstum und Profitstreben ausgerichtet ist. Wir brauchen eine Soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung, die Abschaffung der sozialen Ausgrenzung und die Bekämpfung der Armut ausgerichtet ist. Soziale Rechte und Marktregulierung sind keineswegs Hemmnisse für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt und Modernisierung – im Gegenteil, sie bedingen einander.

Forderungen

- Die Grundrechtecharta muss wie vom Verfassungskonvent vorgeschlagen vollständig in die europäische Verfassung integriert werden. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, das Recht auf Freiheit und Gleichheit und die Wahrung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bilden zentrale Werte und müssen in der zukünftigen Verfassung einen prominenten Platz erhalten.
- Die Europäische Union ist aufgefordert, ihre politischen Entscheidungen und Handlungen am Prinzip der Sozialstaatlichkeit auszurichten.
- Europa braucht soziale Konvergenzkriterien, die die Wirtschafts- und Währungsunion zu erfüllen hat und zu deren Umsetzung sie Instrumente bereitstellen muss.



Offenes Europa

Die Jugendorganisationen treten für ein weltoffenes, nicht-rassistisches Europa ein. Am Umgang mit den Fragen der inneren Sicherheit, des Asylrechts, der Einwanderungspolitik und der Sicherung rechtsstaatlicher Prinzipien wird sich erweisen, ob Europa wirklich eine dem Wohl des Menschen verpflichtete Idee ist. Der Umgang mit den in Europa lebenden Drittstaatenangehörigen ist ein Prüfstein. Noch sind sie – obwohl häufig in zweiter und dritter Generation in Europa lebend – vielfältigen strukturellen und gesellschaftlichen Diskriminierungen ausgesetzt.

Forderungen

→ Die Europäische Union betreibt eine aktive Politik zum Schutz der Menschenrechte, zur Gewaltprävention, für eine weltweite soziale Gerechtigkeit und eine Verbesserung der Lebensbedingungen, so dass weniger Menschen zur Flucht und Migration gezwungen sind. Die Menschenwürde des Einzelnen muss auf jeden Fall garantiert werden.

→ Die Europäische Union muss einen effektiven Flüchtlingsschutz gewährleisten. Hierzu gehören die voll umfassende Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention unter Anerkennung der nicht-staatlichen und geschlechtsspezifischen Verfolgung und ein faires und gerechtes Asylverfahren, das effektiven Rechtsschutz gewährt. Eine Delegation der Verantwortung auf wesentlich ärmere Staaten an der Peripherie Europas darf es nicht geben.

→ Die Europäische Politik muss eine Einwanderungspolitik gestalten, die den Betroffenen ein vom jeweiligen konkreten Arbeitsplatz unabhängiges Aufenthaltsrecht garantiert, das nach wenigen Jahren zu einem Daueraufenthaltsrecht erstarkt. Der Schutz der Familieneinheit ist uneingeschränkt zu gewährleisten. Minderjährige Kinder und ihre Eltern und unter bestimmten Voraussetzungen auch weitergehende Familienangehörige müssen das Recht haben, in der EU zusammen zu leben. Migrantinnen ist ein vom Ehepartner unabhängiges Aufenthaltsrecht zu gewähren. Verfolgung aufgrund der sexuellen Identität muss europaweit ein Bleiberecht begründen.

→ Die Europäische Union muss Förderprogramme ausbauen bzw. auflegen, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen von MigrantInnen in den Städten und Regionen der Mitgliedstaaten zu verbessern und die interkulturelle Kompetenz zu fördern.

4

Zukunftsfähiges Europa

Bildung in Europa

Die Europäische Union ist nur dann zukunftsfähig, wenn sie den Mädchen und Jungen umfassende Bildungschancen eröffnet. Bildung ist dabei weit mehr als die Ausweitung schulischer Wissensvermittlung, das Funktionieren auf dem Arbeitsmarkt oder die „Aufbewahrung“ von Kindern und Jugendlichen.

Außerschulische Jugendbildung bildet ganzheitlich, selbst bestimmt und freiwillig. Mädchen und Jungen üben das Denken in europäischen und weltweiten Dimensionen, bauen kulturelle Vorurteile ab und setzen sich mit kulturellen Normen und Werten auseinander. Diese Leistungen gilt es anzuerkennen und die außerschulische Jugendbildung entsprechend zu fördern.

Forderungen

.....> Wir wollen eine größere Autonomie der Bildungseinrichtungen und Wettbewerb um die besten Bildungsangebote. Die umfassende Kommerzialisierung von Bildung als eine gewöhnliche Dienstleistung und weitergehende Liberalisierungsverpflichtungen im Rahmen der WTO- und GATS-Verhandlungen halten wir jedoch für falsch. Vielmehr gilt es möglichst breit Zugangschancen zu einem vielfältigen Bildungsangebot auf hohem Qualitätsniveau zu eröffnen und zu sichern.

.....> Die Europäische Union ist aufgefordert, ihren Weg der Modernisierung der Bildungskonzepte, insbesondere das des lebenslangen Lernens, unverändert weiter zu gehen und deren Umsetzung in nationale Bildungspolitiken mit Förderprogrammen zu unterstützen. Dabei verstehen sich die Akteure des dritten Sektors wie z.B. die Kinder- und

Jugendarbeit als Partner der EU und wollen stärker einbezogen werden.

.....> Die außerschulische Jugendbildung muss in der europäischen Bildungspolitik als eigenständiger Bildungsbereich anerkannt werden. Die Europäische Union soll für ausreichende Angebote außerschulischer Jugendbildung in allen Mitgliedstaaten sorgen.

.....> Außerschulische Jugendbildung darf nicht ausschließlich für sozial- und arbeitsmarktpolitische Ziele in Pflicht genommen werden oder allein die Förderung der Mobilität im Blick haben, sondern ihr muss ein gestalterischer Freiraum im Interesse von Kindern und Jugendlichen eingeräumt werden.

.....> Die Förderung außerschulischer Jugendbildung ist zu verbessern. Die Transparenz der Mittelvergabe durch die Europäische Union und deutsche Nationalagenturen ist zu erhöhen.

Ausbildung und Beruf in Europa

Jeder junge Mensch hat ein Recht auf die Förderung seiner beruflichen und persönlichen Entwicklung. Hierzu gehört eine solide berufliche Qualifizierung als entscheidende Basis für die persönlichen Arbeits-, Einkommens- und Entwicklungsmöglichkeiten.

Eine Herausforderung für Europa ist es daher, jungen Menschen den Zugang zu einer breit angelegten, qualifizierten Erstausbildung sowie im Sinne des lebenslangen Lernens zu späteren Fort- und Weiterbildungsangeboten zu eröffnen.

Forderungen

-> Angesichts der immensen Probleme bei der beruflichen Integration von leistungsschwächeren jungen Menschen in ganz Europa soll die Europäische Union die bisherige Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds auch nach 2006 in unvermindertem Umfang weiterführen und auf die Zielgruppe Jugendliche konzentrieren.
-> Bei der Umsetzung der europäischen Förderprogramme muss auf die Belange kleinerer Träger stärker Rücksicht genommen werden. Die Komplexität des Antragsverfahrens darf nicht länger „kaltes“ Ausschlusskriterium für kleinere Akteure sein.
-> Die Zugangsmöglichkeiten zu den unterschiedlichen (Berufs-) Bildungsangeboten der einzelnen Mitgliedsstaaten für junge Menschen aus anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union sollen erweitert werden. Dies gilt insbesondere für benachteiligte junge Menschen.
-> Die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen muss auf der Grundlage gemeinsamer Standards ausgebaut werden.

5

Junges Europa

Beteiligung in Europa

Entscheidungen von heute beeinflussen die Lebensgrundlagen der Jugendlichen von morgen – auf allen politischen Ebenen. Auf der Basis dieser Überzeugung werden in Baden-Württemberg bereits seit einigen Jahren Beteiligungsformen initiiert und erprobt.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landesjugendring das Weißbuch Jugend der Europäischen Kommission und die Initiative zur umfassenden und dauerhaften Beteiligung von Jugendlichen an allen relevanten, sie betreffenden Entscheidungen. Allerdings stößt Beteiligung dort auf Grenzen, wo Institutionen und Strukturen starr und undurchschaubar sind, wo Beteiligung kein ernst gemeintes Angebot ist und wo die Erfahrungen von Fachorganisationen nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Die Jugendorganisationen wehren sich gegen einen „Beteiligungstourismus“ und die Illusion, intensive, direkte Beteiligung junger Menschen sei derzeit auf europäischer Ebene ohne weiteres möglich. Umfassende Beteiligung verlangt ein hohes Maß an Mobilität, zeitlicher Flexibilität, Wissen und Fähigkeiten; demokratische Beteiligung braucht geeignete Verfahren. Jugendverbände und -ringe unterstützen die direkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und übernehmen die Vertretung, wo dies notwendig ist.



Forderungen


-→ Die Europäische Union muss Transparenz bezüglich tatsächlich möglicher Einflussnahme schaffen. Europäische Institutionen müssen sich für die BürgerInnen sowie deren Organisationen öffnen.
-→ Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist demokratisch zu gestalten. Den Jugendverbänden und -ringen als demokratisch strukturierte Formen der Selbstorganisation Jugendlicher mit dem gesetzlich begründeten Auftrag der politischen Interessenvertretung ist hierbei eine zentrale Rolle einzuräumen. Bei Beteiligungsprozessen ist auf ihre Erfahrungen zurückzugreifen.
-→ Das Europäische Jugendforum ist die legitime Vertretung der Jugendorganisationen in allen EU-Mitgliedsstaaten und muss umfassend beteiligt werden.
-→ Beteiligung braucht Qualität. Die in verschiedenen Projekten auf kommunaler und Landesebene entwickelten Prüfsteine für gelungene Beteiligung müssen Eingang in die Auseinandersetzung auf europäischer Ebene finden. Prüfsteine für Beteiligungsmodelle finden sich im Netz unter www.jugendarbeitsnetz.de, in der Arbeitshilfe Basic instruments, Kapitel Flohmarkt.
-→ Die Europäische Union sollte nicht in erster Linie neue Beteiligungsmodelle initiieren, sondern bestehende Partizipationsstrukturen nutzen, stärken, miteinander verknüpfen und sinnvoll ergänzen, um eine Verstärkung der Beteiligungskultur zu erreichen.
-→ Die Europäische Union muss Modellversuche bzw. Pilotprojekte fördern und die Ergebnisse den Mitgliedsstaaten und Regionen zur Verfügung stellen. Dabei bedarf es auch der stärkeren Unterstützung der Fachorganisationen der Jugendarbeit auf europäischer Ebene.

Freiwilligendienste in Europa

Freiwilligendienste bieten eine spezifische Erfahrung, die sich in Intensität und Dauer von anderen Formen des freiwilligen Engagements stark unterscheidet. Freiwilligendienste sind ein bedeutendes Erfahrungs- und Bildungsfeld für die Teilnehmenden. In der Bereitschaft von ehrenamtlich Tätigen zur langfristigen Übernahme von sozialer Verantwortung in der Gesellschaft liegt der gesellschaftliche Mehrwert von Freiwilligendiensten. Dieses Engagement für die Gesellschaft stärkt den partizipatorischen Charakter der Demokratie und ist für sie gleichzeitig konstitutiv. Dies sind unschätzbare Werte, auf die nicht verzichtet werden darf.


Den Jugendverbänden kommt in Fragen der Motivation Jugendlicher für die Freiwilligendienste eine entscheidende Bedeutung zu. Die Jugendverbände selbst treten als Träger von Freiwilligendiensten auf. Hier haben Jugendliche Gelegenheit, Gemeinschaft zu erfahren und Möglichkeiten zur Aus-, Fort- und Weiterbildung. Neben Fachwissen erwerben Jugendliche auch so genannte soft skills (bsw. soziale Kompetenz, Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit, Selbständigkeit etc).





Forderungen

- Pflichtdienste (Zivildienst bzw. andere Wehersatzdienste) und Freiwilligendienste sind streng voneinander abzugrenzen und gesetzlich zu differenzieren.
- Der Einführung eines sozialen Pflichtdienstes erteilt der Landesjugendring eine deutliche Absage. Dieser ist weder aus finanziellen, noch aus pädagogischen Gründen noch unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten sinnvoll.
- Vielmehr ist die Anzahl der Plätze für Freiwilligendienste so zu erhöhen, dass allen Interessierten ein Angebot gemacht werden kann.
- Freiwilliges Engagement muss darüber hinaus durch eine größere gesellschaftliche Anerkennung und durch eine bessere finanzielle Ausstattung gestärkt werden.

- Freiwilliges Engagement sollte in der weiteren Ausbildung, bei der Berufswahl, bei der Studienplatzvergabe sowie bei der Gewährung von Bafög berücksichtigt und entsprechend angerechnet werden.
 - Europäischer Freiwilligendienst und mögliche Aktivitäten eines vom Verfassungskonvent vorgeschlagenen freiwilligen Friedenskorps müssen klar getrennt werden.
 - Humanitäre Hilfe und friedenssichernde Einsätze gehören in professionelle Hände und setzen eine entsprechende Ausbildung, finanzielle Ausstattung etc. voraus. Dies spricht nicht gegen Einsätze von europäischen Freiwilligen in überschaubaren friedensförderlichen Projekten.
- 

Förderung von Jugendarbeit

Im Weißbuchprozess „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ hat die EU der Jugendpolitik, v.a. der Partizipation Jugendlicher, einen sehr hohen Stellenwert eingeräumt. Bisher vermissen wir allerdings die entsprechende Konsequenz in der Bereitstellung von Mitteln für die Jugendarbeit. Einzelne Programme – wie etwa das „Sonderprogramm Partizipation“ – waren für die Jugendarbeit aufgrund komplizierter Fördermodalitäten und kurzer Antragsfristen kaum nutzbar. Verglichen mit den Förderprogrammen zur schulischen und beruflichen Bildung spielt die Förderung der außerschulischen Jugendbildung noch immer eine marginale Rolle.

Gerade die nicht-formelle Bildung vermittelt jedoch ein Denken in europäischen und weltweiten Dimensionen, praktiziert den Abbau von kulturellen Vorurteilen und setzt sich mit kulturellen Normen und Werten auseinander. Diese Arbeit gilt es entsprechend zu fördern. Dabei muss der Blick zukünftig weit über die Mobilitätsförderung hinausgehen und einen gestalterischen Freiraum im Interesse von Kindern und Jugendlichen entwickeln. Es muss Vertrauen und Geld in die Zivilgesellschaft investiert werden. Nichtregierungsorganisationen müssen als Partner anerkannt und genutzt werden. Bestehende nationale, regionale und lokale Initiativen und Organisationen dürfen dabei nicht ersetzt oder überreguliert werden.

Forderungen

- Um Partizipationsmöglichkeiten wahrnehmen zu können, brauchen Jugendliche finanzielle Mittel, die ohne große bürokratische Hürden zugänglich sind. Es muss möglich sein, Veranstaltungen unterschiedlichster Größe, Form und Kontinuität durchzuführen.
- Die Förderung der Zusammenarbeit von Jugendorganisationen auf europäischer Ebene muss beibehalten und ausgebaut werden.
- Die Förderprogramme auf europäischer Ebene dürfen nicht zu Lasten der jeweiligen nationalen Förderung aus gestattet werden.
- Es gilt möglichst viele Förderprogramme weitgehend zu dezentralisieren.
- Jugendorganisationen sind an der Entscheidung über die Konzeption, die Umsetzung und Abwicklung von Programmen im Kinder- und Jugendbereich umfassend zu beteiligen.
- Bei der Gestaltung von Förderprogrammen sind fachliche Standards wie Bedürfnis- und Lebensweltorientierung, Geschlechterdifferenzierung und Evaluation zu beachten.
- Die Komplexität des Antrags- und Abwicklungsverfahrens muss deutlich reduziert werden. Insbesondere für kleinere und ehrenamtlich getragene Organisationen sowie für Jugendliche selbst muss der Zugang erleichtert werden. Förderprogramme müssen aufeinander abgestimmt, aber dennoch flexibel nutzbar sein.

6

Europa – nicht ohne die Jugend!

Jugendverbände und –ringe mischen sich ein, um Europa so zu gestalten, dass diese Staatengemeinschaft Zukunftsperspektiven und Chancen für alle BürgerInnen und insbesondere für die junge Generation bietet.

Die ParlamentarierInnen auf der europäischen Ebene fordern wir auf, sich mit jugendpolitischen Themen auseinander zu setzen und den Kontakt mit Kindern und Jugendlichen sowie mit ihren Interessenvertretungen zu suchen.

Wir möchten aber auch nicht verschweigen, dass das Thema Europa oft weit vom Alltag der Jugendarbeit entfernt ist.

Mit der vorliegenden Erklärung lädt der Landesjugendring die Jugendverbände und –ringe in Baden-Württemberg daher ein, sich mit europapolitischen Themen aktiv auseinander zu setzen und nach Wegen zu suchen, wie Kinder und Jugendliche für Entwicklungen auf der europäischen Ebene interessiert werden können.

Jugendverbände und –ringe sind zudem aufgefordert, stärker als bisher mit PolitikerInnen auf europäischer Ebene in Kontakt zu treten und ihre Anliegen in den politischen Diskurs einzubringen.

landes jugend ring
baden-württemberg e.v.

